

Lehren aus den Frühjahrswahlen

von Stephan Klecha

Nach den Frühjahrswahlen sind einige unscharfe Trends zu erkennen, wohin sich das Parteiensystem entwickeln wird. In Anbetracht eines immer stärkeren fluiden und regionalisierten Charakters desselbigen (s.a. Niedermeyer 2010) sind Rückschlüsse aus einer Landtagswahl schwierig. Aus der Summe der Wahlen sind jedoch einige sehr allgemeine Feststellungen möglich.

Sozialdemokraten wieder obenauf?

Besondere Mühen haben die Sozialdemokraten, die jüngsten Ergebnisse zu deuten. Nach dem kraftvollen Auftakt in ihrer einstigen Hochburg Hamburg wähten sie sich obenauf, schließlich hat man dort seit 30 Jahren keinen so glänzenden Wahlsieg mehr hingelegt. Die Euphorie wird aber nach den Wahlen im März arg gedämpft. In Sachsen-Anhalt ist man als Juniorpartner zum Verbleib in der Großen Koalition verdammt. In Rheinland-Pfalz verliert man die absolute Mehrheit und muss sich jetzt mit den Grünen arrangieren, was keineswegs unproblematisch ist. Diese dürften jedenfalls kaum vergessen haben, wie die SPD sie 1991 gegen die FDP ausspielte. Die Gefahr, dass die Grünen deswegen auf mittlere Sicht den Spieß umdrehen und eine schwarz-grüne Allianz anstreben, sollte nicht unterschätzt werden.

Ganz düster ist die Situation in Baden-Württemberg. Trotz eines absoluten Zuwachses an Wählerstimmen und trotz der Regierungsbeteiligung zeigt sich einmal mehr der katastrophale Zustand der dortigen SPD. Sie stellt keinen einzigen Landrat, liegt schon längere Zeit bei den Oberbürgermeisterwahlen in den großen Städten vielfach hinter den Grünen und gewinnt nur selten Direktmandate bei Bundes- und Landtagswahlen. Seit 1972 hat man – mit einer Ausnahme – fortwährend bei Landtagswahlen Stimmenanteile verloren. In-

sofern ist die Tatsache, dass die SPD nur noch drittstärkste Kraft im Land ist, fast logisch.

Die eher schwachen Resultate bei den Märzwahlen ändern gleichwohl nichts daran, dass die Gesamtbilanz für die SPD insgesamt ganz zufriedenstellend ist. Die CDU hat seit 2009 drei Ministerpräsidentenposten abgegeben und bei fast allen Landtagswahlen zum Teil kräftig verloren. Zugleich gelangte die SPD stets an die Regierung und musste 2011 erstmals seit langem keine Stimmen mehr an die Linkspartei abgeben.

Doch die Sorgen der SPD sind damit keineswegs weg. Gefährlich wird es für die SPD nämlich, weil sie bei den noch ausstehenden Wahlgängen durchgängig als Regierungspartei antritt und somit eher Gejagte als Jägerin ist. In Bremen wird der SPD die Bestätigung des rot-grünen Bündnisses noch recht leicht gelingen. In Mecklenburg-Vorpommern und Berlin wird sie eher mühevoll, aber wohl erfolgreich, ihre Regierungschefs verteidigen.

Am Ende des Jahres wird die SPD überaus gemischte Erfahrungen mit dem Superwahljahr gemacht haben. Es passt ganz gut zu ihrer inneren Gefühlslage. So richtig sind die Folgen der Regierungsbeteiligung im Bund noch nicht getilgt. Der Parteivorsitzende ist bemüht, ein politisches Zentrum in der Partei zu bilden. Doch seine Versuche, Debatten und Diskurse zu organisieren, sind erratisch, sprunghaft, mitunter sehr kurzweilig, aber eben auch unstet. Die SPD wurschtelt vor sich hin. Man könnte schlicht sagen, die Partei ist immer noch ausgebrannt. Gleichwohl, sie befindet sich erkennbar auf dem Weg der Besserung. Die elektorale Talsohle scheint weitgehend erreicht zu sein. Das wäre nach einem Jahrzehnt des steten Niedergangs dann schon mal ein beträchtlicher Fortschritt für die Genossinnen und Genossen.



Woran liegt es, dass sich kein Widerstand regt? Tiefgreifend, interessant und durchaus kurzweilig stellt uns Werner Seppmann die Situation und die in ihr Handelnden vor. Was wird gebraucht, damit sich etwas ändert? Seppmann bleibt die Antwort nicht schuldig. 13,80 Euro - 148 Seiten



Das Standardwerk über die Kinderarbeit in Deutschland - vom Kaiserreich bis heute. Mit vielen Dokumenten, Tabellen und Nachweisen. Geeignet als Unterrichts- und Schulungsmaterial. 16,80 Euro - 220 Seite.

www.kulturmaschinen.de

Im Buchhandel, in Online-Shops und unter www.kulturmaschinen.de
 Belletristik und Sachbuch.
 Kontakt: verlag@kulturmaschinen.de
 Tel: 030 49783690 • Fax: 030 49809158



Union mit langfristigen Problemen

Demgegenüber sind wohl die Probleme der CDU und der CSU weitaus schwerwiegender, obwohl die Union bei 12 der letzten 16 Landtagswahlen stets und mit teilweise beeindruckendem Vorsprung vor der SPD lag. Schwach schneidet die Partei in den großen Städten ab, was auch die hessischen Kommunalwahlen unterstreichen. Zugleich hat die Partei aber auch in ihren ländlichen Hochburgen mit schweren Verlusten zu kämpfen. Dort schwindet das kirchengebundene Milieu rasant. Beides zusammen hat in Baden-Württemberg nun zum Machtverlust geführt.

Allein die über 60-jährigen halten noch der Union uneingeschränkt die Treue. Diese Gruppe reicht in einer alternden Gesellschaft nicht aus, zumal jetzt die 68er und ihre Nachfolger in diese Alterskohorten vordringen und damit auch die letzten Bastionen der Unionswählerschaft demographisch schleifen. Zudem hat das Weltbild der Unionsanhängerschaft nicht erst mit der Atomhavarie in Fernost Risse bekommen. Antikommunismus, Law and Order, ständische Schulpolitik und traditionelle Familienwerte treffen bei zahlreichen potentiellen, jüngeren UnionswählerInnen auf Skepsis oder wirken aus der Zeit gefallen. Damit verschärft sich bei der Union aber unzweifelhaft das Dilemma. Die Partei kann auf der einen Seite ihre schrumpfende Kernklientel mit Modernisierung nicht überfordern. Sie muss auf der anderen Seite aber den gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung tragen. Das Problem ist wiederholt diagnostiziert worden (s. Walter 2009: 48ff.). Eine Antwort darauf bleibt die Union bislang schuldig und begibt sich dafür auf wenig nachvollziehbare Schlingerkurse, wie nun in der Energiepolitik.

Hinzu kommt, dass der Union die Koalitionsoptionen abhandenkommen. Wähte sich die Union vor einiger Zeit noch ganz gut aufgestellt, weil sie außer mit den Linken zu allen Parteien koalitionsfähig war, gehen der Union

nun die Koalitionsoptionen aus, vor allem weil sich die Distanz zu den Grünen wieder erkennbar vergrößert hat. Besonders heikel daran ist, dass der Ton zwischen beiden polarisierter geworden ist. Die Konzilianz, mit der die CDU einst die Grünen umschmeichelte, war aber vielfach der Kitt gemeinsamer Bündnisse. Der CDU und der CSU bleibt dann nur die wieder mal rachitische FDP oder sie profitiert noch von Koalitionsausschlüssen der SPD und kann sich in eine Große Koalition retten. Bequem ist die Lage der CDU wie der CSU also kaum.

Grüne (bald) entzaubert

Während die Sozialdemokraten sich langsam konsolidieren und die Christdemokraten einem harten Absturz entgegensehen, stehen demgegenüber die Grünen natürlich exzellent da. Doch die Landtagswahlen verdrängen trotz des ersten grünen Ministerpräsidenten, dass der Höhenflug der Grünen noch eine sehr virtuelle Veranstaltung ist. Die Umfragewerte für Berlin haben nach dem anfänglichen Künast-Rausch wieder nachgegeben. Ebenso sind die schon vorliegenden Resultate in den Ländern bei näherer Hinsicht vom jeweiligen Zenit der vorherigen Umfragen ein ganzes Stück entfernt: In Hamburg standen statt anfangs erhoffter 21 Prozent ganze 11,2 Prozent. In Baden-Württemberg hatte sich die Partei schon weit von ihren einst demoskopisch gemessenen 36 Prozent entfernt, bis der Reaktorunfall in Japan neuen Zuspruch brachte. In Sachsen-Anhalt ist das Ergebnis zwar ein Erfolg, aber in Anbetracht von zwischenzeitlich erhofften 9 Prozent kein Triumph. Allein in Rheinland-Pfalz entspricht das Ergebnis allen Erwartungen und wird zudem noch mit der Regierungsteilnahme veredelt. Flächendeckend hat die Partei jetzt allerdings ein ziemlich großes Problem: Die gesamten Hoffnungen der neugrünen Wählerschichten könnten im Lichte der harten Regierungsalltage an Neckar, Rhein und Mosel rasch enttäuscht werden. Wird der Stuttgarter Bahnhof umgebaut oder die Moselbrücke errichtet, wird ein Teil der WählerInnen sich von

der Partei rasch abwenden. Werden die Grünen hingegen ihre Programmatik lupenrein umsetzen, werden wiederum andere Teile der jetzigen Wählerschicht irritiert sein. In ihrer bürgerlichen Distinktion teilen sie nämlich keineswegs alle Vorstellungen der Partei. Speziell – und dies dürfte auch für die Grünen eine Lehre aus Hamburg sein – in der Schul- und Bildungspolitik liegen die Vorstellungen zwischen Wähler- und Mitgliedschaft recht weit auseinander.

Um dieses Dilemma auszubalancieren, fehlt den Grünen ein zahlenmäßig starker und personell gut besetzter Funktionsapparat. Mit gerade einmal 50.000 Mitgliedern besitzt die Partei nur ein Zehntel der Mitgliederstärke von SPD oder CDU. Damit fehlt auch eine Personalreserve für die Besetzung der Ministerialadministration oder für die Aufstellung von Kandidaten bei Kommunalwahlen.

In der mäßigen Mitgliederzahl drückt sich aus, dass die Grünen eine Partei der Postmoderne sind. In der postmodernen Gesellschaft ist die dauerhafte Bindung nicht mehr en vogue. Man wählt selektiv aus, kokettiert mit der Wahlfreiheit, die man hat. Ja, man wählt dann auch mal die Grünen, ohne sich deswegen gleich dauerhaft zu binden. Die Grünen sind insofern eine Partei des Zeitgeistes. Das ist momentan hilfreich, aber eben darin liegt eine Gefahr, weil der Entzug der elektoralen Zustimmung den WählerInnen der Grünen dann leichter als den AnhängerInnen anderer Parteien fällt. Sicherlich ermöglichen die jetzigen Wahlergebnisse den Grünen eine Verstärkung ihrer Erfolge, weil sie nun in der Fläche ihre Apparate verbessern und professionalisieren können. Doch schwere Rückschläge sind auf mittlere Sicht sehr wahrscheinlich.

FDP als Verlierer mit Perspektive

Von den Problemen der Grünen kann die FDP gegenwärtig nur träumen. Die Liberalen bewegen sich mal wieder am Abgrund der Sperr-

klausel, die in Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt dann auch gerissen wurde. Allerdings sollte in Anbetracht der Stimmenzuwächse in Nordrhein-Westfalen 2010 und in Hamburg 2011 nicht übersehen werden, dass die Lage keineswegs hoffnungslos ist. Sicher, die FDP ist längst von ihrem Hoch bei der Bundestagswahl runter. Dennoch kann die FDP mittlerweile auf einem Fundament aufbauen, das stabiler ist als zu Zeiten der letzten schweren Krise der Partei in der Mitte der 1990er Jahre. Die Parteiorganisation hat in den letzten zehn Jahren einen deutlichen Mitgliederzuwachs verzeichnen können (Nentwig/Werwath 2009: 96). Von diesem Reservoir an Personen werden die notorisch schlecht organisierten Liberalen noch recht lange zehren. Sie sind deswegen in der Lage, wiederholt Kampagnen zu fahren, die auf adrette und zuvor unbekannte Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten zugeschnitten sind. Sicher, die Partei gewinnt damit kein Jota an Substanz. Aber lange Zeit konnten so Posten, Ämter und Arbeitsplätze organisiert werden, die einen stabilen Unterbau gewährleisten. Doch dieses Modell wird nun fraglich, weswegen die Ablösung des Parteichefs überaus konsequent ist.

Allerdings hat die FDP zuletzt auch bewiesen, dass sie hin und wieder in der Lage ist, einen Teil der von der CDU nicht mehr erreichbaren bürgerlichen Wählerschicht an sich zu binden und darüber ihre parlamentarische Existenz zu sichern vermag. Durch die fast alternativlose Bindung der Union an die FDP gewinnt die FDP damit auf einmal sogar Spielräume im politischen Wettbewerb, die sie dann auch für andere Bündiskonstellationen einmal nutzen kann. Und der FDP ist es bislang meist am besten bekommen, wenn sie als Funktionspartei gebraucht wurde.

Im Vergleich zur Bundestagswahl 2009 mag das wenig sein und vor dem Hintergrund der unverändert dürftigen Umfragewerte nicht sonderlich verlockend. Dennoch, die Lage ist zwar ernst, aber es stand schon ärger um die FDP.

Ungeklärte Fragen bei der Linken

Bleibt noch die Partei „Die Linke“ übrig. Ihr ergeht es ähnlich wie den Sozialdemokraten. So richtig kann die Partei gegenwärtig ihre weitere Entwicklung schlecht einschätzen. Aus der sozialdemokratischen Wählerschaft erhält sie keinen neuen Zulauf mehr und andere Wählerschichten hat sie bislang nicht im Blick. Bei allen Landtagswahlen 2011 stagnierte deswegen ihr Stimmenanteil tendenziell.

Gefangen ist die Partei stärker als zu Zeiten der SPD-Bundesregierungen in einer grundlegenden Strategiediskussion, in deren Zentrum eine mögliche Regierungsbeteiligung steht. In Ostdeutschland geht die Partei damit relativ pragmatisch um. Dort verfügt sie über stabile Wahlergebnisse oberhalb von zwanzig Prozent und trägt exekutive Verantwortung auf kommunaler Ebene und in zwei Bundesländern. In Westdeutschland hingegen weist die Partei in der Zusammensetzung und Motivlage ihrer WählerInnen klare Merkmale einer Protestpartei ohne absicherndes Milieu auf (Eith 2010: 120). Wenn dann der Eindruck entsteht, dass es auf die Linke bei der Regierungsbildung nicht ankommt, andere Regierungskonstellationen mehrheitsfähig erscheinen und die Wahlbeteiligung überdies noch ansteigt, hat die Partei kaum Chancen, die Sperrklausel in Westdeutschland zu überwinden.

Der Richtungsstreit, die teilweise wirr verquaste programmatische Debatte sowie die offene strategische Ausrichtung der Partei verstärken die Probleme im Augenblick. Als eine Folge daraus verliert die Partei gerade in Westdeutschland etliche FunktionsträgerInnen: So wechselte in Hannover der Fraktionsvorsitzende der Partei zur SPD, in Gelsenkirchen trat die gesamte Ratsfraktion aus der Partei aus und im Saarland halbierte sich die Mitgliederzahl binnen Jahresfrist. Noch reicht der Zuspruch des Wählers/der Wählerin aus, um auf Bundesebene die Sperrklausel sicher zu überwinden. Bei Landtagswahlen wird es hingegen knapp.

Im Zuge dessen könnte es leicht passieren, dass die gesamte Westausdehnung schon bald an ihr Ende gelangt. Während die Wählerschaft jedenfalls noch aus einem gewissen Frust und Protestgehebe heraus die Partei wählt, dabei aber durchaus auf klassische sozialdemokratische Werte setzt, radikalisiert sich zugleich die Mitgliedschaft in Westdeutschland. Damit könnte sich die Partei aber zunehmend bei Wählerinnen und Wählern isolieren. Wohin der Weg der Partei führen wird, dürften erst die 2012 und 2013 anstehenden Wahlen in Schleswig-Holstein und Niedersachsen offenbaren. Verpasst die Partei dort den neuerlichen Sprung in den Landtag, dürfte sie jedenfalls mittelfristig zu dem werden, was die PDS schon einmal war: Eine ostdeutsche Regionalpartei mit bundespolitisch begrenztem Einfluss. Ob dieses dann auch langfristig trägt, ist wegen der demographischen Situation Ostdeutschlands ebenfalls fraglich.

Fazit

Keine der im Bundestag vertretenden Parteien hat es gegenwärtig leicht. Die strukturellen Probleme der Union sind offensichtlich und kommen mit jeder Wahl immer deutlicher zum Vorschein. Partiiell kann davon die FDP profitieren, die ansonsten aber ebenfalls arg gerupft aus den Frühjahrswahlen hervorgeht. Beide Regierungsparteien haben es somit ausgesprochen schwer. Allerdings in der Mitte einer Legislaturperiode auf Bundesebene schwächen die dortigen Regierungsparteien auf der Länderebene oft. Sie können dieses vielfach bis zur folgenden Bundestagswahl wieder ausgleichen.

Weitaus leichter hat es da eigentlich die Opposition. SPD und Linkspartei treten gegenwärtig freilich auf der Stelle. Während sich bei der SPD jedoch die Talsohle abzeichnet und sie ihren exekutiven Unterbau in den Ländern wieder verbreitern kann, könnte es sein, dass die Linkspartei eher an das Ende ihrer Expansionsträume gelangt ist.

Die strahlenden Sieger vom Frühjahr sind zweifelsohne die Grünen. Doch ihr Erfolg ist nicht nachhaltig gesichert. Die Partei hat schon in der Vergangenheit oft die Erfahrung machen müssen, dass demoskopische Zustimmungswerte im Lichte realer politischer Debatten bei ihnen schnell schwinden können. Es ist fraglich, ob der Partei im Rausch des Erfolgs und in Anbetracht der doch erheblichen gouvernementalen Herausforderungen, die im Südwesten auf die Partei warten, die Fragilität ihres gegenwärtigen Triumphs immer klar ist.

Für 2013 gibt es also eher eine Reihe von offenen Fragen als von eindeutigen Antworten. Erfreulich ist dabei, dass die WählerInnen ganz offensichtlich die Demokratie zurück entdecken, wie die steigenden Wahlbeteiligungen bei den Märzahlen gezeigt haben. Die höhere Partizipation könnte dabei ganz neue Dynamiken im Parteiensystem entfalten. Erst einmal hat sie erfreulicherweise dazu beigetragen, dass die Parteien vom rechten Rand in keinen der Landtage einziehen konnten. ■

☞ Dr. Stephan Klecha arbeitet als Sozialwissenschaftler an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Er lebt in Hannover.

Literatur:

- Eith, Ulrich 2010: Volksparteien unter Druck, Koalitionsoptionen, Integrationsfähigkeit und Kommunikationsstrategien nach der Übergangswahl 2009, in: Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2009, Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung, Wiesbaden, S. 117-129.
- Nentwig, Teresa/Werwath, Christian 2009: Die FDP, Totgesagte leben länger, in: Butzlaff, Felix/Harm, Stine/Walter, Franz (Hrsg.), Patt oder Zeitenwechsel?, Deutschland 2009, Wiesbaden, S. 95-127.
- Niedermayer, Oskar 2010: Von der Zweiparteiendominanz zum Pluralismus: Die Entwicklung des deutschen Parteiensystems im westeuropäischen Vergleich, in: Politische Vierteljahresschrift, Heft 1/2010, S. 1-13.
- Walter, Franz 2009: Im Herbst der Volksparteien, Eine kleine Geschichte vom Aufstieg und Rückgang politischer Massenintegration, Bielefeld.